

Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2016 von Martin Fitz Lustenauer Freiheitliche

Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung,
geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Zu Beginn darf ich kurz das wirtschaftliche Umfeld und die Rahmenbedingungen beleuchten, unter denen dieser Budgetentwurf entstanden ist.

Rot-Schwarze Bundesregierung fährt unser Land immer schneller gegen die Wand

Wie schon die Jahre zuvor fand die erhoffte Erholung unseres wirtschaftlichen Umfeldes **nicht statt**. Laut der im November veröffentlichten Prognose der EU Kommission wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Österreich im Jahr 2015 nur um reale 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr wachsen.

Im Vergleich dazu steigert sich die Eurozone im Jahr 2015 um 1,5 % und rechnet mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,9 % für das kommende Jahr 2016. Auch hier wurde prognostiziert, dass Österreich (1,5 %) wieder weit unter dem Durchschnittswert zurückbleiben wird! Das geplante statistische Hinzurechnen der Flüchtlingskosten mit zusätzlichen 0,3 % zum BIP ist nicht als zielführend zu betrachten, zeigt aber wie hier mit Statistiken umgegangen wird.

Die unfähige Bundesregierung von SPÖ und ÖVP hat nicht ansatzweise den Mut und die Kraft längst notwendige Reformen umzusetzen. Parteipolitisch motivierte Kleinkriege, Eifersüchteleien und gegenseitiges Misstrauen stehen auf der Tagesordnung - die Arbeit für unser Land bleibt auf der Strecke.

Mit der von Rot-Schwarz groß gefeierten größten Steuerreform der 2. Republik gibt uns der Finanzminister nur einen Teil von dem zurück, was er sich in den letzten Jahren durch die sogenannte „kalte Progression“ vom Steuerzahler geholt hat. Von einer nachhaltigen Entlastung kann also keine Rede sein. Erst die Abschaffung der kalten Progression würde hier ein Stück Gerechtigkeit schaffen.

Nicht einmal die Rekordarbeitslosigkeit - die Höchste seit dem Bestehen der 2. Republik - von fast 10 % bringt die Regierung zum Erwachen.

Nein im Gegenteil: Alles was SPÖVP einfällt ist die weitere Schikanierung und Belastung der Wirtschaft. Anstatt Investitionsanreize zu setzen und endlich durch eine Lohnnebenkostensenkung den Betrieben die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern wird **weiter belastet und noch mehr Bürokratie geschaffen**. Bestes Beispiel dafür ist die miserabel vorbereitete Einführung der Registrierkassenpflicht.

Unternehmer werden zum einen von der Regierung und der Wirtschaftskammer - *eine wahrhaft tolle Interessensvertretung* - monatelang medial pauschal als Steuerbetrüger an den Pranger gestellt. Zum anderen bedeuten die Anschaffungskosten der Registrierkassen für viele Betriebe - vor allem etwa in der Gastronomie, in der nun teilweise ganze Schanksysteme neu angeschafft werden müssen Kosten von mehreren Zehntausend Euro – **einen kaum zu bewältigenden Mehraufwand.**

Die Frage, wie in diesem unternehmerfeindlichen Klima noch irgendjemand das Risiko eingehen soll, selbständig zu werden und einen Betrieb ins Leben zu rufen oder zu erhalten, stellt sich immer mehr.

Während also für die eigenen Bürger und Unternehmen **die Vorschriften immer strenger werden und die Kontrollen immer schärfer**, hält sich die Regierung **selbst nicht an ihre eigenen Gesetze und Vorschriften.** Dies wurde sichtbar in der sogenannten „EURO-Krise“, als geltende EU-Verträge willkürlich gebrochen wurden (Schuldenunion) und nun erneut in der aktuellen Flüchtlingsproblematik. Wen interessieren noch das geltende „Dublin – Abkommen“ oder die Schengen-Regeln, wo ganz klar die Sicherung der EU–Außengrenzen festgelegt ist? Die Regierung in Österreich jedenfalls nicht.

Hier werden **wahllos zigtausende von Personen** aus aller Herren Länder ohne die vorgeschriebene Identitätskontrolle **einfach ins Land gelassen oder an die nächste Grenze geführt.** Allein im Jahr 2015 sind fast 100.000 Personen nach Österreich geströmt. Dies nach einer Reise durch unzählige sichere Drittstaaten, wo längst Schutz vor Verfolgung gewährleistet gewesen wäre.

Nachdem aber nun auch die lautesten „refugee welcome“ – Schreier langsam einsehen, dass es so nicht weiter gehen kann und zuerst nur wochenlang darüber gestritten wurde, ob der Zaun nun „als technische Maßnahme, technische Barriere oder Türe mit Seitenteilen“ bezeichnet werden soll, entsteht zumindest langsam so etwas wie ein Grenzschutz.

Dass es sich bei der österreichischen Ausführung des Grenzzaunes um einen leicht überwindbaren, teuren Maschendrahtzaun mit einer meterlangen Lücke handelt, ist eigentlich sinnbildlich für die Arbeit der Regierung. Zu Recht fragen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger: „Sind die denn nicht mehr ganz dicht?“ Und meinen damit erst in zweiter Linie unsere Staatsgrenzen.

Im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsansturm ist für uns Freiheitliche eines ganz klar: **In der Frage unserer Grundwerte dürfen wir keine Kompromisse eingehen.** Wer in unserem Land lebt, hat sich an unseren Grundwerten zu orientieren, diese zu respektieren und nach diesen Prinzipien zu leben. Jeder kann seine Religion leben, aber eine Religion darf nie über unsere Grundwerte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichbehandlung von Mann und Frau oder Gewaltfreiheit gestellt werden. Das müssen wir kompromisslos einfordern.

Was der ungezügelte Zustrom von Personen nach Österreich für die Staatskassen bedeutet, wagt noch niemand so genau vorauszusagen. Die Schätzungen bewegen sich aktuell etwa zwischen 1,5 und 2,5 Mrd. EUR pro Jahr. Dies sind sicher noch sehr optimistische Vorhersagen. Die tatsächlichen langfristigen Kosten werden wohl noch um einiges höher liegen. Kosten, die über Umwege auch die Haushalte der Gemeinden belasten werden.

Damit komme ich nun zum Voranschlag der Marktgemeinde Lustenau:

Ich werde zu Beginn meiner Ausführungen auf die geplanten Großinvestitionen eingehen, die ganz ausdrücklich unsere vollste Zustimmung und Unterstützung finden.

Wir freuen uns sehr über den Um- u. Erweiterungsbau der Volksschule Rheindorf im Jahr 2016. Vor der jetzt hoffentlich rasch beginnenden Umsetzung war dies ein sehr planungsintensives Bildungs- u. Hochbauprojekt - zuerst von GR Ernst Hagen, welches in weiterer Folge von unserer neuen Gemeinderätin für Bildung Mag. Doris Dobros übernommen und gemeinsam mit Hochbaureferent VizeBM Walter Natter auf Schiene gebracht wurde. Wir bedanken uns hier ausdrücklich beim Hochbaureferenten für die ressortübergreifende gute Zusammenarbeit, welche sich auch bei der genauen Analyse u. Erstellung des künftigen Raumprogramms zwischen den beiden Ressorts Hochbau- und Bildung bewährt hat. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle auch dem sehr konstruktiv und lösungsorientiert mitwirkenden Lehrkörper.

Investitionen in den Bildungsbereich haben für uns Freiheitliche absolute Priorität. Es ist ureigenste Aufgabe einer Gemeinde, für die Bildung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen **bestmögliche Bedingungen** zu schaffen. Die Schulen und Kindergärten in Lustenau weisen einen sehr hohen Standard auf und unsere Pädagoginnen und Pädagogen leisten hervorragende Arbeit. Trotzdem gibt es in den nächsten Jahren für unsere Bildungsgemeinderätin Mag. Dobros sehr viel zu tun.

Die Kleinkinderbetreuung wurde bisher ausschließlich von privaten Anbietern bewältigt. Die Nachfrage nach Plätzen wird jedoch immer größer, deshalb ist es höchste Zeit dass die Gemeinde sich in der Kleinkinderbetreuung selbst noch stärker einbringt.

In Zukunft werden vermehrt auch Eltern von Dreijährigen den Kindergarten für ihre Kinder nutzen wollen. Zu diesem Zweck und um dies schaffen zu können werden alle Kindergärten derzeit auf Erweiterungsmöglichkeiten überprüft.

Ein ganz besonderes Anliegen ist für die Bildungsreferentin Mag. Doris Dobros das lfd. Projekt Campus Rotkreuz. Die Vorstellung vom Kindergarten, Volksschule und Mittelschule an einem gemeinsamen Ort, mit gemeinsamen Schnittstellen, soll weiter von den Beteiligten entwickelt und bestmöglich fertig geplant werden. Schulen haben heute viel mehr Aufgaben zu erfüllen wie früher: Es braucht Mittagsbetreuung, Lernbegleitung, Sprachförderung, Bewegungsangebot, Inklusion, Nachmittagsbetreuung und vieles mehr.

Hier wird intensiv in diesem Prozess gearbeitet – allen Beteiligten ein recht herzliches „Dankeschön“! , ihr arbeitet mit am Bildungsfundament und damit der Zukunft unserer Kinder. Diese Arbeit soll und wird in die nächste Großinvestition unserer Gemeinde münden.

Meine Damen und Herren, auch der Beginn zu den Arbeiten am neuen Sicherheits- u. Katastrophenzentrum der Feuerwehr Lustenau ist im kommenden Jahr 2016 geplant. Hier wurden mit beispielhaftem Einsatz von unseren ehrenamtlichen Feuerwehrmännern wahrlich perfekte Planungen geliefert. Einen herzlichen Dank hier an den Kommandanten unserer Feuerwehr Dietmar Hollenstein und seinem ganzen Team. Jetzt müssen die Planungen **nur noch rasch umgesetzt werden**.

Einmal mehr ein großer Brocken der Investitionen wird für die Kanalisation aufgewendet. Anfang 2016 wird das letzte bereits vergebene Bauabschnitt im 2. Abschnitt der Binsfeldstraße angegangen u. fertiggestellt. Damit ist dann das Jahrhundertprojekt der Kanalisation von Lustenau mit seinen 230 km Kanal u. Gesamtausgaben von 110 Mio. EUR zwar fertiggestellt, aber in manchen Teilbereichen auch schon wieder 50 Jahre alt.

Wie bei jedem Bauwerk werden auch hier um die Erhaltung zu sichern große lfd. Investitionen nötig sein um die dem Gemeindegänger auch in Rechnung gestellte Dienstleistung der Wasser- u. Abwasserversorgung zu sichern.

Es liegt nach den vorläufigen Untersuchungen des Kanalnetzes bereits jetzt ein roher „Kanalkataster“ vor, welcher die Notwendigkeit von laufenden Instandhaltungsarbeiten aufzeigt, im Laufe des nächsten Jahres folgt ein „Leitungskataster“ für die Wasser-Zuleitungsrohre. Aufgrund dieser Informationen können die notwendigen Erhaltungs- u. Sanierungsschritte perfekt geplant werden.

Es zeigt sich jetzt schon dass die sinnvollste und langfristig günstigste Maßnahme zur Erhaltung unseres Kanalsystems jene sein wird welche den gesamten Substanzwert der getätigten Investitionen nie unter 50 % sinken lässt. Aufwendungen für unsere größte Investition müssen daher regelmäßig eingeplant werden.

Ein weiteres Projekt im Tiefbauressort ist der sukzessive Austausch von sowieso sanierungsbedürftigen Straßenbeleuchtungen. Es wurden bereits die ersten LED Straßenlaternen Mitte dieses Jahres in der Flurstraße und beim Weg zwischen Friedhof und Altersheim Hasenfeld aufgestellt. Bei niedrigerem Energieverbrauch bringt jetzt die bessere punktuelle Beleuchtung mehr Helligkeit und Sicherheit auf Straßen und Wegen – dazu auch weniger ungewünschte Lichtemissionen bei Nachbarn oder Anrainern.

Ein besonderes Anliegen ist mir der Erhalt unserer eigenständigen Trinkwasserversorgung in ausreichender Menge und bestmöglicher Qualität für jetzt und für die Zukunft. Die Probebohrungen im Rheinvorland werden zeigen ob eine mögliche Verlegung unserer Trinkwasserbrunnen aufgrund des Projekts RHESI möglich und machbar ist. Hier werden Mitte nächsten Jahres die detaillierten Ergebnisse erwartet, ein erster Eindruck ist

vielversprechend. Ebenfalls zur Sicherung der Trinkwasserversorgung dient eine zusätzliche Transportleitung zum Ringschluss, die seit langem bestehende Leitung ist schon in die Jahre gekommen und langsam „ausfallsbedroht“. Hier werden wir im nächsten Jahr aktiv daran arbeiten.

Während also - wie bereits erwähnt - diese großen Investitionen und Vorhaben unsere ausdrückliche Zustimmung finden, **sehen wir den vorliegenden Budgetentwurf und die zugrundeliegende Finanzplanung in anderen Bereichen sehr kritisch.**

Die Lustenauer Freiheitliche stehen für

- eine umsichtige Finanzplanung mit einer klaren und verbindlichen Priorisierung von Großinvestitionen,
- einen langfristigen Abbau der Verbindlichkeiten,
- maßvolle Anpassungen von Gebühren nur wenn nötig (keine Steigerungen von einem Jahr auf das Nächste um 25% wie bei der Wasserbezugsgebühr)
- eine schlanke Verwaltung,
- sowie sparsames Wirtschaften und keine Verschwendung von Geld des Steuer- und Gebührenzahlers.

Diesen Grundsätzen wird mit dem vorliegenden Budgetentwurf **nicht entsprochen.**

Wir werden dem Budget daher nicht zustimmen, da einerseits für uns wichtige Maßnahmen – wie bereits ausgeführt - im Budget fehlen und auf der anderen Seite Finanzmittel für Dinge vorgesehen sind, die wir so zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzen würden. Zudem sehen wir keinerlei Reformschritte um die stetig steigenden laufenden Ausgaben zu bremsen.

Die Laufenden Ausgaben steigen höher als die Einnahmen!

Bei geschätzten Steigerungen unserer laufenden Einnahmen von gut 2 % im nächsten Jahr **erhöhen sich die lfd. Ausgaben unserer Gemeinde im Vergleich dazu um fast 6 %!** Wie unsere Bundesregierung haben wir auch in Lustenau kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem!

Doch anstatt den Ausgabensteigerungen zumindest in den Bereichen entgegenzuwirken, die direkt von unserer Gemeinde beeinflusst werden können, **kommt es auch in diesen Bereichen ständig zu Steigerungen.**

Während BM Hans-Dieter Grabher für seine kostengünstige Verwaltung noch vom Rechnungshof gelobt wurde, wird diese von BM Fischer immer weiter aufgeblasen, wie auch die geplante Personalaufstockung für 2016 zeigt. Wir haben schon **öfters die starken personellen Aufstockungen in der Verwaltung kritisiert und nicht zugestimmt.** Als direkte

Folge der ständig wachsenden Verwaltung ist nun eine Erweiterung für zusätzliche Büros und Gemeinderäumlichkeiten vorgesehen.

Diese wird ja grundsätzlich von allen befürwortet, allerdings erst wenn die finanziellen Mittel dafür auch vorhanden sind. **In Zeiten knapper Finanzmittel über eine Million Euro für neue Verwaltungsräumlichkeiten oder deren Umbau auszugeben können wir nicht gut heißen!**

Noch dazu, weil die Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zum Umbau des Hauses Kaiser-Franz-Josef-Str. 34 nicht einmal mehr der zuständigen Gemeindevertretung zum Beschluss vorgelegt wurde, sondern einfach im Gemeindevorstand in Teilvergaben „durchgewunken“ wurde - obwohl dies klar in der Gemeindevertretungssitzung anders vereinbart war!

„Finanzplanung ohne Plan“ des Bürgermeisters

Was künftig für Lustenau unbedingt nötig ist muss sorgfältig erhoben, geplant und abgewägt werden, um zeitgerecht auch über die finanziellen Mittel verfügen zu können!

Aus diesem Grund kommt einer vorausschauenden Mittelfristigen Finanzplanung ein solch hoher Stellenwert zu und wurde vom BM und jetzigen Finanzreferenten in seiner Oppositionszeit **immer vehement verbindlich eingefordert!** Dies hat er zwar sicher nicht vergessen, nur **hält er sich bisher einfach nicht daran.**

Die **Mittelfristige Finanzplanung** und die darin festgelegte zeitliche Reihung der anstehenden Investitionen **ist als verbindlich zu erachten** und soll nicht je nach Befindlichkeit einzelner Akteure über „den Haufen geworfen“ werden. Die **Betroffenen** – sei es im Bildungsbereich oder in anderen Bereichen – **müssen sich in Zukunft auf Zusagen verlassen können.** Genauso muss nicht finanzierbaren Wünschen von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. muss **auf einen realistischen Umsetzungstermin verwiesen werden.**

Die vor kurzem vorgelegte **“Mittelfristige Finanzplanung ohne Plan“** des BM wurde daher von uns **auch heftig kritisiert.**

Schon letztes Jahr konnte uns der BM nicht erklären, wie die klaffende Lücke von 16 Mio. EUR zwischen geplanten Einnahmen und Ausgaben in den nächsten 5 Jahren zu schließen sein wird. Dieses Jahr müsste er uns schon erklären wie er das – mit den neuesten Zahlen für die kommenden 5 Jahre - bei gut 40 Mio. EUR an Investitionswünschen ohne Bedeckung sinnvoll zu tun gedenkt. Der Bürgermeister ist aber als Finanzreferent für eine ordentliche Finanzplanung und die notwendige Prioritätenreihung der Projekte verantwortlich. Hält sich der BM an seine eigene Finanzplanung so würde die Verschuldung unserer Gemeinde in den nächsten Jahren geradezu explodieren.

Diese "Finanzplanung ohne Plan" des BM ist so nicht mehr länger akzeptabel und ist mit ein Hauptgrund wieso wir Freiheitliche dem vorliegenden Budgetentwurf nicht zustimmen können.

Die langjährig gelebte Praxis Großinvestitionen sofort oder in max. 2 Jahren aus den frei verfügbaren Mitteln zu bezahlen **verhinderte eine Überschuldung unserer Gemeinde und die übermäßige Belastung kommender Generationen**. Sie ist mit ein Grund warum Lustenau finanziell noch bedeutend besser da steht als viele andere Gemeinden. Diese langfristig vorausschauende - damals von allen Fraktionen mitgetragene - sinnvolle freiheitliche Finanzpolitik verschafft uns heute noch Luft und finanziellen Spielraum, der aber unter BM Fischer immer kleiner wird.

Lustenau mit nie da gewesenem Rekordbudget, wie sieht es wirklich aus?

Ein Rekordbudget von fast 80 Mio. Euro, ein gleichbleibender Schuldenstand (?) war am Dienstag schon in den Medien zu hören. Die große Budgetsumme und positive Darstellung einzelner Eckzahlen soll damit scheinbar über die traurige Realität hinweg täuschen:

Der vorliegende Budgetentwurf von BM Fischer **sieht Darlehensaufnahmen von fast 10 Mio. EUR vor und lässt den Schuldenstand der Gemeinde um knapp 2 Mio. EUR auf über 65 Mio. EUR ansteigen!**

Der **echte Schuldenstand** der Marktgemeinde Lustenau **liegt zudem mit 75 Mio. Euro bedeutend höher** und somit bei **ca. 10 Mio. Euro mehr** (bei aktueller Berücksichtigung der bestehenden hohen CHF Schulden mit dem heute gültigen Kurs).

Die hier fast nicht vorhandenen Zinskosten der CHF Schulden erhöhen die Liquidität des Gemeindehaushaltes beträchtlich und müssten zur Tilgung oder zumindest einem besseren Auskommen mit den dadurch viel höheren frei verfügbaren Geldmitteln der Gemeinde führen. Trotz dieser derzeit günstigen Zinssituation **schrumpfen die frei verfügbaren Mittel unter BM Fischer von 5,5 Mio. Euro auf nur noch 3 Mio. EUR.**

Dies sind 2,5 Mio. EUR weniger zur tatsächlichen freien Verfügung unserer Gemeinde als letztes Jahr für nicht auf Schulden aufgebauten Investitionen!

Statt einer Reduktion der Darlehen unserer Gemeinde **aufgrund unseres hohen Schuldendienstes** kommt es im Budget Voranschlag auch zu einer **zusätzlichen Nettoneuverschuldung von fast 2 Mio. Euro**. Dies trotz laufenden und sich aber bei diesem Budget **so nicht auswirkendem Schuldendienst von über 5 Mio. EUR.**

Mit dem zusätzlichen Auflösen von Rücklagen und Grundstücksverkäufen ist das Erreichen der Rekordbudgetsumme dann einfacher verständlich.

Diese Entwicklung ist sehr kritisch zu sehen. Zumal für uns nur mangelhafte Anstrengungen ersichtlich sind um die laufenden Ausgaben der Gemeinde entsprechend in Zaum zu halten.

Einnahmen nachhaltig steigern

Eine weitere Möglichkeit eine Neuverschuldung geringer zu halten, wäre eine Steigerung der leider zurück gehenden Einnahmen herbeizuführen.

Mit der aktiven Betriebsansiedlungspolitik welche BM Hans Dieter Grabher u. die Lustenauer Freiheitlichen immer aktiv vorangetrieben haben konnten mit Unterstützung unserer Unternehmer starke Kommunalsteuereinnahmen generiert werden, die unsere Gemeinde finanziell stärken. **Davon profitiert unsere Gemeinde heute noch!**

Leider scheinen wir im Ranking der 10 wirtschaftsfreundlichsten Gemeinden von VlbG. unter BM Fischer nicht einmal mehr auf. Es ist Stillstand eingetreten bei der Weiterentwicklung der Betriebsgebiete und Ansiedlung neuer Betriebe.

Vielleicht ist es genau dieser Umstand der den BM anfänglich sehr euphorisch auf die Ansiedlung eines Möbelgroßmarktes blicken hat lassen. Seine jahrelange Erfolglosigkeit in diesem wichtigen Bereich für Lustenau hätte - aus seiner Sicht - mit einem Schlag weggewischt werden können.

Dass eine Ansiedlung eines solchen Verkehrsmagneten mit täglich Tausenden zusätzlichen Fahrzeugbewegungen welche dann noch stärker auf die Haupt- aber auch sämtliche Nebenstraßen "drücken" allerdings **katastrophale Auswirkungen auf unsere sich heute schon fast vor dem Verkehrskollaps befindliche Gemeinde hätte, ist ihm offenbar erst jetzt aufgefallen.**

Für uns Freiheitliche ist eine solche Ansiedlung mit der jetzigen Verkehrssituation undenkbar.

Wir hoffen, dass BM Fischer hier endgültig zur Vernunft gekommen ist und diesem oder ähnlichen Projekten eine klare Absage erteilt **bis auch tatsächlich umgesetzte Verkehrslösungen Lustenau "Luft zum Atmen" lassen.** Wir werden aber bei einem späteren Tagesordnungspunkt noch darüber befinden.

Sinn macht es, **arbeitsplatzintensive Betriebe** in der Gemeinde anzusiedeln **mit hohen Kommunalabgaben im Verhältnis zu der verbrauchten kostbaren und nicht vermehrbaren Fläche.**

Sinn macht es auch, Grundstücke für bereits **seit Jahren heimische und wachsende Betriebe bereitzustellen** - diese Betriebe haben ihre Standorttreue und den Nutzen für unsere Gemeinde längst bewiesen.

Im Betriebsgebiet Heitere warten die **hauptsächlich unter freiheitlicher Führung angeschafften** und immer noch zu entwickelnden Bodenreserven unter BM Fischer seit Jahren auf passende Verwendung. Bedarf daran ist immer gegeben! Diese finanziellen "Schätze" können über langfristig an Betriebe verpachtete Grundstücke und Kommunalsteuern dringend benötigtes Kapital in unsere Gemeindekassen spülen.

Die ersten Schritte und Vorbereitungen dazu wurden schon vor Jahrzehnten gemacht, aber seit BM Fischer dies übernommen hat "stockt" es. Es reicht nicht aus Grundstücke nur **anzupreisen – ohne die Entwicklung und Nutzbarmachung (was immer BM Kernkompetenz und Aufgabe ist!) in die Wege zu leiten**. Dies wurde von ihm zu lange unterlassen!

Beim Milleniumspark Lustenau – ein international bekanntes und gelobtes Vorzeigeprojekt der Betriebsentwicklung – wurde es unter freiheitlicher Politik in Lustenau erfolgreich vorgemacht. Von Ansiedelungen in diesem Gebiet profitieren wir heute noch aufgrund der Kommunalsteuereinnahmen an unsere Gemeinde und der bestehenden wertvollen Betriebsgrundstücke.

Es gibt im Gewerbegebiet Heitere noch viele Möglichkeiten, nutzen wir diese endlich!

Schon viel zu lange liegt dieses im Dornröschenschlaf.

Lassen sie mich in diesem Zusammenhang auch etwas zur geplanten "**Heitere – Spange**" sagen:

Diese sinnvolle Straße, welche zur Erschließung des künftigen Betriebsgebietes Heitere dient, deren Pläne schon seit Jahren nicht umgesetzt in der Schublade vom BM liegen, wie auch die vom Land geplante und sich schon auf Schiene befindliche Autobahnabfahrt **Rheintal Mitte** in Dornbirn Wallenmahd, **werden Lustenau nicht vom Durchzugsverkehr entlasten** – auch wenn dies offenbar nun teilweise versucht wird, den Lustenauern vorzugaukeln.

Uns hilft nichts anderes **als eine Entlastungsstraße** – sinnvollerweise die Z- Variante. Aber auch hier wurde **vom Bürgermeister nur "heiße Luft" produziert** – nicht einmal die von ihm im Wahlkampf groß angekündigte und versprochene Volksbefragung wurde von ihm bis jetzt durchgeführt!

Reine Versprechungen gab es schon früher mehr als genug! Schon vor langer Zeit wurde auf die damals schon mehrheitlich ÖVP dominierte Landesregierung vertraut. Nicht nur das Betriebsgebiet Nord (es wartet noch heute auf seine einst geplante Verkehrsanbindung zur Autobahn) sondern unsere ganze verkehrsgeplagte Gemeinde **wartet dringend** auf die

längst versprochene Errichtung einer alternativen Transitroute und die damit einhergehenden Verlegung des Hauptzollamtes aus unserem Ortsgebiet heraus.

Zentrumsplanungen

Der sparsame und sinnvolle Umgang mit dem Geld der Steuer- und Gebührenzahler stellt weiters einen Grundsatz für uns Lustenauer Freiheitliche dar.

Dieser Grundsatz wird laut unserer Auffassung bei den Zentrumsplanungen und –gestaltungen nicht immer befolgt, viel Planung, viel Papier – wenig Umsetzung.

Schon seit mehreren Jahren werden im Budget für Zentrumsmaßnahmen € 500.000,- / Jahr reserviert und teils für teure Planungen ausgegeben - aber ohne sichtbare, sinnvolle Resultate. Dabei wäre auch schon mit regelmäßigen Reinigungsmaßnahmen des Blauen Platzes, Austausch von defekten Lampen, Belagssanierungen oder der Verkehrsberuhigung durch eine Begegnungszone am Blauen Platz viel getan. Nischenöffnungen u. Grüngestaltungen in Zwischenräumen wären längst möglich gewesen.

Verhandlungen und erfolgreiche Gespräche mit der Fa. Sutterlütty zur Erreichung einer Win-Win Situationen sollten allerdings an allererster Stelle stehen um auch an den richtigen Stellen des Zentrums neue Ideen u. Maßnahmen umzusetzen. Da dieses Gebäude jetzt in die Jahre gekommen ist macht dies wirtschaftlich nun auch eher Sinn für den Eigentümer neue Wege zu gehen – suchen wir eine gemeinsame Lösung.

Seit Jahren fordern wir Freiheitlichen im Zentrum nicht bloß Planungen und Visionen, sondern auch tatsächliche und sinnvolle Maßnahmen. Die vom Bürgermeister gewünschten und initiierten „Begegnungsorte“ wie „Feldhotel“ oder „Gewächshaus“ zählen für uns aber ausdrücklich nicht dazu! Hier wäre es sicher sinnvoll gewesen, diese Projekte vorher in einem oder zwei größeren Ausschüssen breiter zu besprechen und zu diskutieren. Jetzt mit aller Kraft, viel Aufwand und zusätzlichen Kosten diesen künstlich geschaffenen, seltsam anmutenden Gebilden etwas Leben „einzuhauchen“ macht dies auch nicht besser.

Ein paar Worte zum Sport

Nachdem wir unsere **nachdrücklichen Forderungen zur Sanierung der Umkleidekabinen und Toilettenanlagen an der Holzstraße** letztes Jahr durchsetzen konnten ist jetzt die Gefahr „gebannt“ dass diese historische und beliebte Anlage aufgrund von sanitären Mängeln gesperrt wird.

Noch immer gehört für uns ein gemeinsames Fußballnachwuchszentrum mit Kunstrasenplatz und großer Trainingshalle in unser Sportparkareal – nicht wie derzeit geplant an die Peripherie der Gemeinde und auf fremden Boden. Für unsere Jugend

nutzbare Plätze müssen über das gesamte Gemeindegebiet verteilt sein, **mit dem besten Angebot in der Mitte**. Genau wie die Boccciaanlage - welche aufgrund des Bau unseres Feuerwehrhauses verlegt werden muss - nicht zum Sportplatz Wiesenrain, sondern in das Sportparkareal gehört. Hier sind genügend Toiletten und Umkleidekabinen vorhanden, eine Nutzung durch die breite Bevölkerung wäre im Sommer zusätzlich möglich. Ohne ein Gebäude dazu bauen zu müssen reduzieren sich die Kosten dann auf die Hälfte.

Soziales

Betreutes Wohnen, Altern in Würde oder Projekte wie Senioren in die Mitte – dies sind alles Maßnahmen die wir vollumfänglich fördern und unterstützen – **dies ist uns wichtig!** Da es dieses Jahr bereits zu einigen Fällen gekommen ist in denen für unsere Bürger **kein Pflegeplatz mehr im Seniorenheim Schützengarten vorhanden war** werden wir in der nächsten Generalversammlung der Sozialdienste Lustenau den Antrag stellen **Maßnahmen in die Wege zu leiten um die 3. Pflegestation eröffnen zu können**.

Diese wurde ja nicht umsonst vorgesehen, auch die Ausgliederung der Sozialdienste GmbH fand damals nur statt um einfacher qualifiziertes zusätzliches Pflegepersonal einstellen zu können. Auch lassen sich umfangreichere Einrichtungen wirtschaftliche besser führen und sollten auch allen Bürgerinnen u. Bürger bei Bedarf dann zur Verfügung stehen.

Dass wir keine Lustenauer Gemeindeärzte für Totenbeschau oder Zwangseinweisungen haben die diese Tätigkeit ausüben finden wir nicht richtig. Diese Aufgabe der Gemeindeärzte wurde letztes Jahr von Dornbirner Ärzten übernommen, jetzt sind wir Teil eines Versuchsprojektes vom Land VlbG. welches aufgrund zu großer Gebiete auch schon kritisiert wurde. Wir werden die Entwicklung hier genau im Auge behalten, finden es aber schade dass nicht noch einmal mit unseren eigenen Ärzten im Ort neu verhandelt wurde – dies hätte für uns Lustenauer Freiheitliche Vorrang.

Danke

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen u. Kollegen!

Einen ganz besonderen Dank **ergeht an alle ehrenamtlich tätigen Mitbürgern** in unserer Gemeinde **die einen wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten**, sei es als freiwillige Mitarbeiter beim Roten Kreuz, der Feuerwehr oder in unseren zahlreichen Kultur-, Sport- Freizeitvereinen und Jugendvereinen.

Ein herzlicher Dank **allen Lustenauer Unternehmern mit ihren Mitarbeitern**, sie leisten einen ganz wesentlichen wertvollen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde.

Ein Dankeschön an **alle Gemeindebediensteten** für ihre geleistete Arbeit mit einem speziellen Dank an den Kommunalverwalter Mag. Klaus Bösch für die Bereitstellung der mustergültigen Unterlagen zur Budgeterstellung.

Auch bedanke ich mich bei **allen Gemeindevertretern** und allen in den Ausschüssen mitarbeitenden Personen. Hin u. wieder unterschiedliche Auffassungen kann und wird es immer wieder geben, aber ich bin der Überzeugung: „Der Wille stets das Beste für unsere Heimatgemeinde erreichen zu wollen und die Zukunft von Lustenau aktiv mitzugestalten steht bei uns allen im Vordergrund.“

Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und „an guoto Rutsch“!

